

SVP St. Gallenkappel sagt Nein zur Fusion

ST. GALLENKAPPEL. Die Abstimmungsparolen wurden grossmehrheitlich vom Vorstand beschlossen. Die Mitglieder konnten im Vorfeld schriftlich Stellung zur Fusion beziehen. Diese Stellungnahmen flossen in die Parolenfassung ein.

Bei der Gemeindefusion geht es neben der Diskussion um den Bürgerort und die Eigenständigkeit hauptsächlich um den Steuerfuss von 127 Prozent. Doch machen die infolge der Fusion steigenden Krankenkassenprämien einen beachtlichen Teil der Steuerersparnis zunichte. Auch bezweifelt die Partei, dass der Steuerfuss längerfristig auf diesem Niveau gehalten werden kann, denn die Kantonsbeiträge sind nach wenigen Jahren aufgebraucht.

Mit dem neuen Finanzausgleich sparen die drei Gemeinden bereits heute, und deshalb sieht die SVP hier kaum mehr Einsparungspotential. Will man über lange Sicht sparen, geschieht dies

auf Kosten der Bürger durch Abbau der Dienstleistungen: beispielsweise teureres Wasser, schlechte Strassen usw. Das gilt es, unbedingt zu verhindern.

Deshalb sagt die SVP St. Gallenkappel Nein zur Fusion der Politischen Gemeinden von Eschenbach, Goldingen und St. Gallenkappel.

Bei der Inkorporation der Esgo-Schulgemeinde geht es nicht um den Steuerfuss, sondern primär um Einsparungen und die neuen Strukturen. Die SVP fragt sich, wo man durch die Inkorporation noch Einsparungen erzielen möchte. Denn strukturell ändert sich ja kaum etwas, ausser dass es zwei Schulräte weniger gibt und der Gemeinderat mehr Einfluss auf das Bildungswesen bekommt. Zudem wurde durch die Esgo-Fusion ja schon das Sparpotential ausgereizt. Will man bei der Schule noch weiter sparen, befürchtet die SVP, dass dies auf dem Buckel der Schüler geschieht,

beispielsweise durch Schulhausschliessungen, Klassenvergrösserungen usw. Eine allgemeine Studie der Uni Freiburg besagt zudem, dass durch die Einheitsgemeinde 1,37 Prozent Mehrkosten entstehen würden. Wo bleiben die Synergien und Vorteile?

Die Inkorporation zerstört die Meinungsvielfalt in der heutigen Esgo-Schulgemeinde und konzentriert sie auf nur wenige Entscheidungsträger. Zudem wird die Politische Gemeinde auf einen Schlag Arbeitgeber für unzählige Schulangestellte. Es entsteht ein riesiger, bürokratielastiger und teurer Behördenapparat. Laut Gesetz wird der Gemeinderat sogar über jede Lehrereinstellung entscheiden. Kann das ein Gemeinderat? Oder wird die Schule durch die Einheitsgemeinde noch mehr zum Spielball der Gemeindepolitik? Deshalb empfiehlt die SVP am 11. September die Einheitsgemeinde abzulehnen. (e/svp)